
Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 20.10.2021
Sitzungsdauer:	19:00 - 22:13 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung Nichtöffentliche
Sitzung

 Werner Jacob
Vorsitzender

 Andrea Schwarzlose/Birgit Wesemann
Protokollführer
Anwesend:Vorsitzender

Herr Werner Jacob

Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Herr Michel Allmrodt

Herr Ralf-Peter Bierstedt

Frau Edith Braun

Herr Ralf Breuer

Herr Dr. Frank Dreihaupt

Frau Petra Fischer

Herr Marcus Graubner

Herr Peter Jagolski

Frau Carmen Kalkofen

Herr Wolfgang Kinszorra

Frau Steffi Kraemer

Herr Michael Nagler

Herr Uwe Nastke ab TOP 2

Herr Karsten Paproth

Herr Dieter Pasiciel

Herr Björn Paucke

Frau Rita Platte

Herr Christoph Plötze

Frau Alexandra Schleef

Herr Dietrich Schultz

Herr Bodo Strube

Herr Daniel Wegener

Ortsbürgermeister

Herr Michael Grupe

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Mitarbeiter Verwaltung

Frau Kathleen Altmann

Frau Claudia Wittke

Abwesend:Mitglieder

Herr Michael Bartoschewski

entsch.

Herr Wilko Maatz

entsch.

Herr Marco Radke

entsch.

Herr Sven Wegener

entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der EG Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 20.10.2021, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung

DS-Nr.

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit | |
| 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| 3. Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.09.2021 | |
| 4. Einwohnerfragestunde | |
| 5. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu | |
| 6. Erstellung eines Einzelhandelskonzept für die Ortschaft Tangerhütte | BV 667/2021 |
| 7. Haushaltskonsolidierungskonzept 2022 - 2028 | BV 669/2021 |
| 8. Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Doppelhaushaltes 2022/2023 | BV 670/2021 |
| 9. Antrag WG ZUKUNFT - Erlass der Kostenbeiträge für Tageseinrichtungen der Einheitsgemeinde | BV 581/2021 |
| 10. Bewilligung außerplanmäßige Ausgaben | BV 676/2021 |
| 11. Stellungnahme der Gemeinde zu Antrag auf Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Errichtung und Betrieb einer Legehennenanlage mit Freilandhaltung in der Gemarkung Mahlpfuhl | BV 677/2021 |
| 12. Aufstellung einer E-Bike-Ladesäulen | BV 530/2021 |
| 13. Anfragen und Anregungen, Sonstiges | |

Öffentliche Sitzung

19. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
20. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
21. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Herr Jacob eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Es sind 23 Ausschussmitglieder anwesend. Entschuldigt sind Herr Maatz, Herr Bartoschewski, Herr Radtke und Herr Sven Wegener. Herr Nastke kommt später hinzu.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Brohm stellt einen Änderungsantrag. Er bittet, dass man den Tagesordnungspunkt (TOP) 17 nach den TOP 14 setze, weil man dazu Gäste habe.

Herr Jagolski stellt den Änderungsantrag, die TOP'e 7,8 und 10 zu vertagen.

Herr Graubner habe eine Ergänzung zum nicht öffentlichen Teil. Im Namen seiner Fraktion möchten er einen dringenden Gesprächstermin mit der Gemeindewehrleitung (GWL) und mit dem Stadtrat (SR), weil es Probleme gebe, die dringend besprochen werden müssen und eine erhebliche Relevanz habe.

Herr Jacob merkt an, dass dieses bei Anfragen und Anregungen im nicht öffentlichen Teil noch mal angebracht werden könne.

Herr Nastke betritt den Saal. Somit sind es 24 Ausschussmitglieder.

Herr Jacob bittet um Abstimmung über den *Änderungsantrag* von Herrn Brohm, *den TOP 17 nach den TOP 14 zu nehmen*.

Abstimmung Änderungsantrag: 24x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

Herr Jacob bittet um Abstimmung über den *Änderungsantrag* von Herrn Jagolski, *die TOP'e 7, 8 und 10 zu vertagen*.

Abstimmung Vertagung: 20x Ja, 0x Nein, 4x Enthaltung

Herr Jacob bittet um Abstimmung, diese Tagesordnung (TO) in geänderter Form zu bestätigen.

Abstimmung geänderte Tagesordnung: 24x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

TOP 3: Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 22.09.2021

Es liegt keine Niederschrift vor.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin sagt, Herr Brohm habe vor kurzem einen Eid abgelegt und zwar, sich um das Wohl der Bürger zu kümmern. Er habe eine nette Rede bei der Jugendweihefeier vor kurzem gehalten. Herr Brohm habe die Jugendlichen aufgefordert, hier in unserer Gegend zu bleiben. Diese Gegend, so die Bürgerin, die aus Windkraft, Biogasanlagen bestehe und jetzt, wo noch die Legehennen-Anlage entstehen soll. Die Menschen, die Unterschriften gesammelt haben, haben ein reines Gewissen und können unsere Nachfahren erzählen, dass man dagegen war. Die Bürgerin fragt Herrn Brohm, ob er dieses auch mit ruhigen Gewissen seine Enkelkinder sagen könne?

Herr Brohm antwortet, dass es ein emotionales Thema sei. Er habe schon mal dafür gestimmt. Er selbst habe in so einer Anlage gestanden und kann mit ruhigen Gewissen seine Enkel das sagen, was jeder seine Enkel erzähle. Herr Brohm berichtet weiter, dass man sich heute nicht die Frage stelle, ob man dafür sei oder nicht. Die EGem Tangerhütte müsse klären, ob es aus baugesetzlichen Gründen in Ordnung sei.

Ein Bürger aus Tangerhütte stellt sich vor. Er betreibe eine Wohnungsvermietung. Ihm wurde im Frühjahr zugetragen, dass die Städtische Wohnungsgesellschaft (SWG) in der Otto-Nuschke Straße beabsichtigt, die Nummern 22 bis 28 abzureißen. Er halte es aus städtebaulichen Gründen für ein Rückschritt der EGem Tangerhütte. Deshalb habe er das Gespräch gesucht mit Herrn Wetzig und Herrn Borstell. Er habe die beiden gefragt, ob die Möglichkeit bestehe, den Block zu kaufen. Man habe ihm erklärt, dass von der Stadt ein festes Konzept vorliege und der Kauf nicht möglich sei. Die Stadt müsse einen Rückbau betreiben, da die SWG einen großen Leerstand habe. Danach habe er das Gespräch mit einigen SR-Mitgliedern gesucht. Die waren der Meinung, er solle ein offizielles Angebot an die Stadt schicken. Er habe eine Skizze anfertigen lassen, wie es aussehen könnte, wenn er es kaufen würde und er habe das Angebot an Herrn Brohm, an Herrn Wetzig und an den SR geschickt. Er habe in seinem Angebot benannt, dass er es innerhalb von 3 Jahren umsetzen würde. Des Weiteren habe er auch benannt, wie viel Geld er investieren würde. Unter der Berücksichtigung der Fördermittel biete er 250.000 € für diesen Wohnblock. Daraufhin habe Herr

Brohm ihn ins Rathaus eingeladen, um sich noch mal sein Konzept anzuhören. Man habe sich beim Gespräch darauf geeinigt, dass man sich gemeinsam mit dem SR treffe, um dieses noch mal zu besprechen. Aber es sei bis heute nichts passiert. Er möchte wissen, ob man im SR schon diskutiert habe und er mit einer Antwort rechnen könne?

Herr Brohm antwortet, dieses Konzept habe man schon vorgetragen. Der Prozess sei noch offen. Er erklärt, dass die SWG eine Tochter der Stadt Tangerhütte sei, aber das Operative mache die SWG. Er bittet um Geduld, da man dieses nicht in 4 Wochen klären könne.

Frau Braun fragt, kenne der Aufsichtsrat und Herr Wetzig dieses Konzept? Wenn es gewollt sei, diesen Wohnblock zu verkaufen, müsse es schneller gehen.

Herr Brohm antwortet, die Mehrheit wolle, dass man diesen Block zurückbaue. Man habe es im Aufsichtsrat intensiv diskutiert und der Geschäftsführer sei mit entsprechenden Aufgaben ausgestattet worden, die zu klären seien. Er berichtet weiter, dass der Aufsichtsrat sich im November wieder treffe, um darüber zu beraten.

Frau Braun merkt an, als man den Beschluss gefasst habe, gab es dieses Kaufangebot noch nicht. Dies sei jetzt eine neue Situation. Darauf müsse man reagieren.

Herr Brohm antwortet, dass dies in der Bearbeitung sei.

TOP 5: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu

Herr Brohm berichtet, dass man im letzten Hauptausschuss (HA) keine Beschlüsse gefasst habe. Ein großes Thema sei der Wildpark Weißewarte gewesen. Da sei man in Gesprächen mit dem SR, Fraktionsvorsitzenden, SR-Vorsitzenden, Betreiberverein, Landkreis Stendal, Rathaus, Ortsbürgermeister (OBM) und Bürgermeister (BM). Das Ziel sei, dass es mit dem Wildpark weitergehe. Dazu werde man noch weitere Gespräche führen und Beschlüsse fassen müssen. Herr Brohm berichtet weiter über das Thema Laubboxen. Diese habe man aufgestellt und wo sie noch nicht stehen, werde man es in der laufenden Woche noch erledigen. Er berichtet weiter über den Zweckverband Altmark. In den nächsten Tagen werde man den 2. Standort, wo die Glasfaserkabel zusammen gehen, errichten. Das sei ein sichtbares Zeichen, dass es weitergehe. Er berichtet, am vergangenen Wochenende habe eine Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentages stattgefunden. Man habe ihn in das Präsidium gewählt. Für die nächsten 6 Jahre dürfe er dort mitwirken. Es freue ihm, dass Tangerhütte dort sichtbar geworden sei.

**TOP 6: Erstellung eines Einzelhandelskonzept für die Ortschaft Tangerhütte
Vorlage: BV 667/2021**

Herr Jacob liest den *Änderungsantrag* von der Hauptausschusssitzung vom 11.10.2021 vor und bittet um Abstimmung.

Die Kosten für die Erarbeitung eines solchen Konzeptes in Höhe von 8.750 € übernimmt die Convex Red GmbH.

Abstimmung Änderung: 24x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

Herr Jacob bittet um Abstimmung über die BV 667/2021, mit der Änderung.

Der Stadtrat beschließt die Erstellung eines Einzelhandelskonzeptes für die Ortschaft Tangerhütte der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte. Die Kosten für die Erarbeitung eines solchen Konzeptes in Höhe von 8.750 € übernimmt die Convex Red GmbH.

Abstimmungsergebnis: 24x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

TOP 7 Haushaltskonsolidierungskonzept 2022-2028 -- Vorlage: BV 669/2021

Dieser TOP wurde im TOP 2 vertagt.

**TOP 8 Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Doppelhaushaltes 2022/2023
Vorlage BV 670/2021**

Dieser TOP wurde im TOP 2 vertagt.

TOP 9: Antrag WG ZUKUNFT - Erlass der Kostenbeiträge für Tageseinrichtungen der Einheitsgemeinde -- Vorlage: BV 581/2021

Herr Nagler erklärt, dass man die BV am 30.06.2021 vertagt habe, weil man noch abwarten wollte, ob es einen Überschuss gebe. Das sei ja nun möglich, da es einen Überschuss von 300.000 € gebe.

Er beantragt eine namentliche Abstimmung.

Herr Graubner und seine Fraktion unterstützen diesen Antrag.

Frau Altmann erklärt, dass dieser Antrag nicht vergleichbar sei mit dem vom letzten Mal. In diesen jetzigen Antrag seien weitere Kostenbefreiungen für Eltern aufgeführt. Des Weiteren berichtet sie, dass man über die außerplanmäßigen Kosten gesprochen habe, weil man ein besseres Jahresergebnis feststellen konnte. Man befinde sich mitten in den Haushaltsberatungen (HH-Beratungen), sodass aus ihrer Sicht dieses sowie die über- und außerplanmäßigen Ausgaben vertagt werden müssten, weil man noch nicht wisse, wo soll die Reise hingehen und wie man sich nächstes Jahr haushaltstechnisch aufstelle. Sie bittet diesen Antrag, sich noch mal genauer anzusehen und vielleicht nur in Teilen zu beschließen.

Frau Braun unterstütze den Antrag, die Eltern zu entlasten. Wie fern es anders sei, möchte sie von Frau Altmann wissen.

Frau Altmann erklärt, dass die BV 3 Punkte habe. Der Punkt 2 sei vergleichbar, dort gehe es um die taggenaue Abrechnung der Notbetreuung. Bei Punkt 3 gehe es zum einen um die Kinder, die in Quarantäne gestellt waren und die nicht die Tageseinrichtungen besuchen konnten. Diese sollen von den Kosten befreit werden. Bei Punkt 1 gehe es um die Eltern, die keinen Anspruch auf Notbetreuung hatten. Hier sollten die Eltern auch die Kostenbeiträge erstattet bekommen. Das sei neu.

Herr Nagler stellt klar, dass Punkt 1 nichts Neues sei, nur dass das Land nichts bezahle, dass sei der Unterschied.

Herr Brohm klärt auf, dass man mitgeteilt habe, dass man 300.000 € habe. Man habe beschlossen, davon ca. 130.000 € zu investieren. Jetzt habe man eine neue Herausforderung, den Wildpark Weißwarte, der sicherlich auch noch mal aus finanzieller Sicht fordern werde. Eine Aufgabe sei es, den Kassenkredit im Blick zu halten. Er stellt den Antrag, diese BV 581/2021 zu vertagen.

Frau Braun fragt, bis wann möchte Herr Brohm dieses vertagen?

Herr Brohm antwortet, diesen TOP werde man auf der nächsten SR-Sitzung auf die TO setzen.

Frau Kraemer unterstütze diesen Antrag, weil diese Summen, die in der BV stehen, im Maßnahmenplan enthalten seien. Darüber werde man noch mal am 04.11.2021 und am 11.11.2021 beraten. Deshalb stimme sie zu, diesen TOP zu vertagen.

Herr Nagler berichtet, dass man schon andere Maßnahmen beschlossen habe, die als Deckungsvorschlag die Mehr- und Mindereinnahmen hinterlegt haben. Des Weiteren berichtet er, dass das beim letzten Mal kein Problem gewesen sei. Damals waren es 15.000 €. Er findet, im Sinne der Eltern sollte man Farbe bekennen und dieses heute beschließen. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung korrekt gerechnet habe, aber es wurde mitgeteilt, dass am Ende des Jahres 300.000 € Überschuss da wären. Letztes Jahr habe man viel in die Tilgung reingesteckt und dieses Jahr habe man Vorschläge, wie man dies sinnvoll und entlastend ausgeben könne.

Herr Strube unterstütze den Antrag der WG Zukunft. Seine Fraktion Die Linke habe das Ziel, Bildung, Betreuung und Unterbringung von Kindern kostenfrei zu gestalten.

Frau Schleef sei auch für den Antrag, aber es haben sich noch andere Dinge aufgetan, wie z. B. der Wildpark. Beim Wildpark wisse man noch nicht, was da noch komme. Sie sei dafür, dies zu vertagen und erst wenn im November alle Zahlen auf dem Tisch liegen, sollte man eine Entscheidung treffen.

Herr Dr. Dreihaupt unterstütze den Antrag der WG Zukunft. Man müsse sich darüber im Klaren sein, wenn man dies zustimme, müssen andere Dinge „sterben“. Es sei eine hohe Summe. Deshalb stimme er Herrn Brohm zu, dieses für 4 Wochen zu vertagen.

Frau Kraemer bittet, diesen Antrag zu vertagen, da noch andere Anträge vorliegen, die man noch nicht behandelt habe. Sie sei der Meinung, dass man den Überschuss nicht ausgeben sollte, bevor man nicht über alles beraten habe.

Frau Braun sei hin- und hergerissen. Den Antrag habe sie von Anfang an befürwortet. Sie fragt bei Herrn Nagler nach, was hindert einen daran, noch 4 Wochen zu warten? Das solle nicht heißen, dass es hinten runterfallen soll. Sie gebe Frau Kraemer recht, da man noch nicht wisse, was man sich leisten könne. Sie denke, der richtige Weg sei zu vertagen, um Klarheit zu haben.

Herr D. Wegener merkt an, diesen Antrag habe man im Mai gestellt. Damals habe man auch dafür gestimmt, aber man wusste noch nicht, ob Geld über sei. Jetzt wisse man, das Geld da sei und man wolle ihn wieder vertagen. In ein paar Jahren bräuchte man den Eltern nichts zurückzahlen. Das müsse zeitnah erfolgen.

Für **Herrn Jacob** haben die Kinder und die Betreuung einen hohen Stellenwert. Das sei auch der Grund, dass man sich dafür ausgesprochen habe. Man müsse Prioritäten setzen. Deshalb sei er dafür, heute zu beschließen.

Herr Kinszorra findet, dass man dem Investor Herrn Elsner einen Termin hätte geben sollen, wann man über seinen Kauf beraten werde. Man spreche von 250.000 € und jetzt sage man, man habe kein Geld. Seiner Meinung müsse man Kaufanträge zeitnah und schnell beschließen, denn es gebe Sondersitzungen für den HA und für den SR. Er sei der Meinung, als man damals den Rückbau des Wohnblockes beschlossen habe, wusste man noch nicht von den Kaufangebot.

Frau Braun merkt an, der Beitrag von Herrn Kinszorra passe nicht zum Thema. Sie sei der Meinung, dass hätte Herr Kinszorra unter Anfragen und Anregungen anbringen können.

Frau Schleef klärt auf, dass die 250.000 € nicht in die EGem, sondern in die SWG fließe. Sie sei der Meinung, dass zu vertagen, da gerade die WG Zukunft noch andere Anträge gestellt habe. Dafür müsse auch Geld vorhanden sein. Man sei dafür, die Familien zu entlasten und dann müsse geguckt werden, wie man den Rest aufteile.

Herr Graubner merkt an, dass man über Geld diskutiere, was bereits geflossen sei, ohne dass es dafür eine Leistung dafür gegeben habe. Er sei auch dafür, dass man dies heute beschließe.

Frau Platte stellt den Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste.

Herr Nastke fragt nach, wieso belaste dieses Geld den HH? Man hätte das Geld zurückstellen müssen. Er sei der Meinung, die Gelder müssten neutral geparkt sein.

Herr Brohm antwortet darauf, dass es höhere Gewalt sei. Es sei nicht so, dass die EGem nicht betreuen wollte, sondern es sei ein Umstand eingetreten, den weder die Eltern noch die EGem zu verantworten habe.

Herr Nastke verstehe die Antwort nicht. Man habe im März schon gewusst, dass die Eltern bezahlen, dass es keinen Beschluss geben werde und, ob man die Gelder auszahle oder nicht. Wenn man die Gelder als neutral verbuche, belaste man den HH auch nicht.

Frau Altmann berichtet, die Gebühr habe man aufgrund einer Satzung erhoben. Daher sei man satzungsrechtlich berechtigt, die Kita-Beträge in den HH zu buchen. Sie könne nicht erkennen, dass man hierzu eine Rückstellung bilden müsse, weil man die Leistung nicht anbieten konnte und nicht die EGem schuld daran sei. Der Beschluss sei ein schwebender Beschluss, da diese Einnahmen haushalterisch geplant seien und satzungsrechtlich eingefordert werden können. Es sei nicht gefordert, eventuelle Rückstellungen und Verbindlichkeiten zu buchen. Dies sei auch nicht korrekt.

Frau Braun bittet um Abstimmung, Ende der Rednerliste.

Abstimmung: 24x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

Herr Strube habe ein Problem mit der Vertagung. Er sei der Meinung, es könnte sein, dass die Eltern nichts zurückkriegen. Das könne man den Eltern nicht zumuten.

Herr Jacob möchte über den Antrag der Vertagung abstimmen lassen.

Herr Nagler ruft Einspruch. Seine Frage sei, welcher sei der weitergehende? Für ihn sei die Entscheidung weitergehend, nicht die Vertagung.

Für **Frau Braun** sei die Vertagung weitergehend.

Herr Nagler möchte wissen warum?

Frau Braun antwortet ohne Mikrofon.

Herr Jacob bittet um Abstimmung über den Antrag von Herrn Brohm, diese BV zu vertagen.

Abstimmung Vertagung: 9x Ja, 14x Nein, 1x Enthaltung

Herr Jacob bittet um namentliche Abstimmung über die BV 581/2021.

(1) Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte folgt der Empfehlung des Landes Sachsen-Anhalt die Kostenbeiträge für Eltern, die keinen Anspruch auf Notbetreuung haben bzw. diesen Anspruch nicht wahrnahmen im Mai und Juni zu erlassen. Zusätzlich werden die Kostenbeiträge für den Zeitraum vom 19.04.2021 bis 30.04.2021, in denen die Kindertagesstätten des LK Stendal vom 16.04.2021 geschlossen waren für Eltern, die keinen Anspruch auf Notbetreuung haben bzw. diesen nicht wahrnahmen, erlassen.

(2) Darüber hinaus legt er fest, dass die Abrechnung der in Anspruch genommenen Notbetreuung in den Monaten März bis Juni 2021 nach Tagen zu erfolgen hat. Dazu wird der monatliche Kostenbeitrag durch die Arbeitstage des Monats geteilt um so einen Tagesbeitrag festzusetzen.

(3) Weiterhin soll für Zeiträume seit März bis Juni 2021, in denen durch das Gesundheitsamt des LK Stendal Absonderungsmaßnahmen von ganzen Tageseinrichtungen bzw. einzelnen Gruppen oder Funktionseinheiten angeordnet wurden, keine Kostenbeiträge erhoben werden, bzw. für diesen Zeitraum analog zu Absatz 2 eine taggenaue Abrechnung erfolgen.

Herr Werner Jacob

Ja

Herr Andreas Brohm

Nein

Herr Michel Allmrodt

Ja

Herr Ralf-Peter Bierstedt

Enthaltung

Frau Edith Braun

Enthaltung

Herr Ralf Breuer

Ja

Herr Dr. Frank Dreihaupt	Enthaltung	Frau Petra Fischer	Nein
Herr Marcus Graubner	Ja	Herr Peter Jagolski	Ja
Frau Carmen Kalkofen	Ja	Herr Wolfgang Kinszorra	Ja
Frau Steffi Kraemer	Ja	Herr Michael Nagler	Ja
Herr Uwe Nastke	Ja	Herr Karsten Paproth	Enthaltung
Herr Dieter Pasiciel	Ja	Herr Björn Paucke	Ja
Frau Rita Platte	Ja	Herr Christoph Plötze	Ja
Frau Alexandra Schleef	Nein	Herr Dietrich Schultz	Ja
Herr Bodo Strube	Ja	Herr Daniel Wegener	Ja

Abstimmungsergebnis: 17x Ja, 3x Nein, 4x Enthaltung

TOP 10: Bewilligung außerplanmäßige Ausgaben -- Vorlage: BV 676/2021

Dieser TOP wurde im TOP 2 vertagt.

TOP 11: Stellungnahme der Gemeinde zu Antrag auf Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Errichtung und Betrieb einer Legehennenanlage mit Freilandhaltung in der Gemarkung Mahlpfuhl -- Vorlage: BV 677/2021

Herr Allmrodt merkt an, dass er zu diesem TOP befangen sei.

Frau Platte verlässt 19:53 Uhr den Raum.

Herr Brohm berichtet, dass es um das Baurechtliche gehe. Man habe im HA versucht, diverse Fragen darzulegen. Bei der Darlegung komme man in einen Bereich, der nicht zur Zuständigkeit der EGem gehöre. Des Weiteren sagt Herr Brohm, wenn dies gebaut werden sollte, werde die EGem darum bitten, dass über Mahlpfuhl die Be- und Entfahrung vorzunehmen sei und dieser Weg auch zu ertüchtigen sei. Die Gemeinde sei aufgefordert, innerhalb von 2 Monate eine Stellungnahme abzugeben. Tue man dieses nicht, gelte dies als Zustimmung. Sollte man dies ablehnen, werde dies von der landesrechtlich zuständigen Behörde geprüft und könne ein rechtswidriges Einvernehmen der Gemeinde ersetzen.

Herr Jacob teilt mit, dass es einen Änderungsantrag der WG Zukunft gebe.

Herr Nagler berichtet, der Änderungsantrag liege als Tischvorlage vor. In der BV habe man die Paragraphen der anzuwendenden Gesetze aufgeführt. Dabei handele es sich hauptsächlich um das Baugesetzbuch. Herr Nagler erklärt den Änderungsantrag. Des Weiteren merkt er an, dass in der BV keine Stellungnahme der Verwaltung zu finden sei. Er finde es nicht in Ordnung, dass man das Gutachten vom August 2021 erst auf Nachfrage zur Verfügung gestellt habe. Er berichtet, dass Herr Brohm vor kurzer Zeit seinen Amtseid (der BM will Schaden von seinen Bürgern und von der Gemeinde abwenden) abgelegt habe. Er sei der Meinung, dass Herr Brohm wisse, dass die Bürger und die Ortschaft gegen dieses Vorhaben seien. Der SR sei mehrheitlich dagegen und es sei mit Entwertung der Grundstücke zu rechnen. Man solle auch an die Vogelgrippe denken und man habe minimale Gewerbesteuerereinnahmen. Arbeitsplätze seien auch nur 2. Das Verhältnis von der Beeinträchtigung der Bevölkerung zu den erwartenden wirtschaftlichen Vorteile passe nicht. Er sei der Meinung, der BM habe immer Visionen von Zuzug und von Attraktivität. Hier könne der BM mit Kreativität bei der Stellungnahme den Bürgerwillen umsetzen. Herr Nagler bittet um Zustimmung zu dem Änderungsantrag.

Frau Platte betritt wieder 20:01 Uhr den Sitzungsraum.

Frau Platte merkt an, dass es eine Beeinträchtigung des Trinkwassers geben werde. Sie fragt, sei in Richtung Uchtdorf ein Trinkwasserschutzgebiet? Wenn ja, müsse man dies beachten. Auch wenn die Behörden anders entscheiden, könne man den Willen der EGem mitteilen.

Herr Brohm antwortet, dass es ein Verwaltungsakt sei. Was Frau Platte anspreche, gebe es noch viele andere, die dazu Stellung nehmen und dies beurteilen. Was er persönlich denke, spiele keine Rolle. Es sei ein Verwaltungsakt und die EGem habe eine Zuständigkeit in diesen Baugesetz. Er bittet, dies nicht zu vermischen. Sollte man die Zuständigkeit überschreiten, wisse man, werden Beschlüsse eingezogen. Man sollte nicht vergessen, dass es auch eine Investition von einem regionalen Unternehmer sei.

Frau Platte sei der Meinung, dass ein Bürgermeister die Stellungnahme des Stadtrates weitergeben könne.

Herr Brohm klärt auf, dass wenn der Stadtrat ein Beschluss fasst, gebe der Bürgermeister den weiter und setzt den um.

Herr Kinszorra berichtet, dass im Hauptausschuss festgestellt wurde, dass das Gutachten fehle. Er sei der Meinung, dass er im Hauptausschuss nicht umfangreich informiert wurde. Man könne statt

Kreuze (auf das Formblatt) auch siehe Stellungnahme der EGem Stadt Tangerhütte machen. Er findet, dass Herr Brohm sich auf die bauseitige Genehmigung zurückziehe. Dazu gehöre, die Emissionen und Immissionen, darauf kommt es an.

Herr Brohm erklärt, dass was textlich vorbereitet wurde, gebe man auch weiter. Er wäre dafür, den Änderungsantrag anzunehmen, um ihn dann textlich weiter zu geben.

Herr Jacob bittet um namentliche Abstimmung über den *Änderungsantrag* der WG Zukunft (s. Anlage 1).

Herr Werner Jacob	Ja	Herr Andreas Brohm	Ja
Herr Ralf-Peter Bierstedt	Ja	Frau Edith Braun	Ja
Herr Ralf Breuer	Ja	Herr Dr. Frank Dreihaupt	Ja
Frau Petra Fischer	Ja	Herr Marcus Graubner	Nein
Herr Peter Jagolski	Ja	Frau Carmen Kalkofen	Nein
Herr Wolfgang Kinszorra	Ja	Frau Steffi Kraemer	Ja
Herr Michael Nagler	Ja	Herr Uwe Nastke	Ja
Herr Karsten Paproth	Ja	Herr Dieter Pasiciel	Ja
Herr Björn Paucke	Nein	Frau Rita Platte	Ja
Herr Christoph Plötze	Nein	Frau Alexandra Schleef	Nein
Herr Dietrich Schultz	Nein	Herr Bodo Strube	Nein
Herr Daniel Wegener	Ja		

Abstimmung: 16x Ja, 7x Nein, 0x Enthaltung, 1x Befangen

Herr Jacob bittet um namentliche Abstimmung über die BV 677/2021, mit der Änderung.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt über die Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde nach §36 BauGB im Rahmen der Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zum Antrag über die Errichtung und den Betrieb einer Legehennen-Anlage für 39.990 Tierplätze mit Freilandhaltung am Standort: Gemarkung Mahlpfuhl, Flur 2, Flurstücke 49/1, 51 und 101/53 – Lagebezeichnung: 39517 Tangerhütte OT Mahlpfuhl, Bohnen Stücke – Zingelfeld.

plus Änderung, s. Anlage 1

Herr Werner Jacob	Ja	Herr Andreas Brohm	Ja
Herr Ralf-Peter Bierstedt	Ja	Frau Edith Braun	Ja
Herr Ralf Breuer	Ja	Herr Dr. Frank Dreihaupt	Ja
Frau Petra Fischer	Ja	Herr Marcus Graubner	Nein
Herr Peter Jagolski	Ja	Frau Carmen Kalkofen	Nein
Herr Wolfgang Kinszorra	Ja	Frau Steffi Kraemer	Ja
Herr Michael Nagler	Ja	Herr Uwe Nastke	Ja
Herr Karsten Paproth	Ja	Herr Dieter Pasiciel	Ja
Herr Björn Paucke	Nein	Frau Rita Platte	Ja
Herr Christoph Plötze	Nein	Frau Alexandra Schleef	Nein
Herr Dietrich Schultz	Nein	Herr Bodo Strube	Nein
Herr Daniel Wegener	Ja		

Abstimmungsergebnis: 16x Ja, 7x Nein, 0x Enthaltung, 1x Befangen

TOP 12: Aufstellung einer E-Bike-Ladesäulen --- Vorlage: BV 530/2021

Herr Brohm informiert über seinen Änderungsantrag (s. Anlage 2).

Herr Jacob bittet um Abstimmung über diesen Änderungsantrag.

Abstimmung Änderung: 22x Ja, 0x Nein, 2x Enthaltung

Herr Jacob bittet um Abstimmung über die BV 530/2021 mit dieser Änderung (siehe Anlage 2).

Der Stadtrat beschließt die Aufstellung einer E-Bike- und Mobiltelefon Ladestation am Bahnhofplatz (sog. Schnittstelle) der Ortschaft Tangerhütte.

plus Änderung, s. Anlage 2

Abstimmungsergebnis: 22x Ja, 0x Nein, 2x Enthaltung

TOP 13: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Herr Graubner möchte auf die Ausführungen des BM zum Thema Wildpark Weißewarte zurückkommen. Er fand, es sei eine gute Diskussionsrunde gewesen. Seiner Meinung nach haben alle zur Lösung beigetragen, außer der Landrat. Herr Graubner hoffe, dass man jetzt eine habe. Man sei Vertreter der Einwohner und habe gemeinsam um Lösungen gerungen. Unwissenheit und ein unsachlicher Ton ersetzen nicht Fachlichkeit und gemeinsames Bemühen. Das Bemühen kam aus der

Protokoll der Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

2. Reihe. Das möchte Herr Graubner ausdrücklich sagen. Die Atmosphäre empfand er als bedrückend. Er möchte seine Kollegen und den SR-Vorsitzenden Herrn Jacob benennen, die vielleicht einen gangbaren Weg für das Ziel Wildpark gefunden haben.

Frau Platte habe die Veranstaltung auch als beschämend empfunden. Sie findet, der BM hätte mehr eingreifen sollen, da man sich nicht alles gefallen lassen müsse. Sie sei der Meinung gewesen, dass man mit der Aufsichtsbehörde des Landkreises Stendal zusammenkommen müsse, um gemeinsam Lösungen zu finden. Das sei nicht der Fall gewesen. Sie habe das Schreiben erst am 14.10.2021 erhalten, das vom Landkreis vom Juli ergangen sei. Aus ihrer Sicht müsse die Verwaltung es schon früher gehabt haben. Sollte das Schreiben bekannt gewesen sein, hätte schon vorher gehandelt werden sollen. Darüber sei sie enttäuscht. Sie wisse, dass Herr Stoike im SR kein Rede-recht habe. Darum habe er Frau Platte gebeten, alle SR-Mitglieder zum 30.10.2021 zum Lichterfest im Wildpark einzuladen. Das wäre für ihn sein letzter Termin im Wildpark. Frau Platte habe noch gestört, dass man einen erfahrenen Tierarzt so über den Mund gefahren sei.

Herr Jagolski werfe dem Landkreis Stendal Rufschädigung gegenüber dem Wildpark vor.

Herr Kinszorra sei klar, dass die Einnahmen bei einem Verkauf eines Grundstückes (was der SWG gehöre), die SWG bekomme. Es käme der SWG und der EGem zu Gute, in dem man anfangen könne, einige Wohnungen zu sanieren und besser herzurichten. Er rege an, dass der BM sich hierzu bekenne, so schnell wie möglich. Er fragt, wann sei die nächste Aufsichtsratssitzung und wann sei mit Entscheidungen zu rechnen? In der nächsten Sonder-HA-Sitzung am 15.11.202, könne man doch bekannt geben, ob der Investor mit einem neuen Beschluss rechnen könne. Er erwartet vom BM, dass er dem Investor eine Zeitschiene gebe, damit dieser planen könne.

Herr Brohm möchte auf die Zuständigkeit hinweisen. Das operative Geschäft und die Verträge, die man im Stadtrat beschlossen habe, sehen etwas anderes vor. Da kann man nicht nur mit ihm und mit dem Geschäftsführer reden. Das Thema sei platziert und werde besprochen. Er habe klar gemacht, wie man handeln werde. Herr Brohm merkt an, dass es noch keinen Förderbescheid gebe. Man sollte abwarten und Schritt für Schritt vorgehen.

Herr Kinszorra sei der Meinung, dass der Bürgermeister vorbereitend mögliche Fördermittel und Verkäufe organisieren müsse. Er findet es nicht gut, dass sich der BM dahinter verstecke, dass der Aufsichtsrat erst entscheide. Es tue doch nicht weh, 250.000 € für die SWG einzunehmen. Wenn es möglich wäre und sei, Fördermittel umzuwidmen, werde man einen SR-Beschluss haben und darüber beschließen. Seiner Meinung nach könne man mögliche Investoren, die hier in der Sitzung nachfragen, was mit ihrem Antrag werde, nicht ohne eine konkrete Antwort stehen lassen.

Herr Brohm antwortet, es sei nicht so, dass man nichts tue. Man wisse, was zu tun sei, wenn man einen Fördermittelbescheid habe und zwar, den dann umzuwidmen. Man habe schon 2-mal Fördermittel beantragt. Aber man brauche erstmal einen Bescheid und dann müssen die Gremien entscheiden. Der SR müsse den Antrag Rückbau zurücknehmen. Der Aufsichtsrat müsse neu entscheiden und die Investitionsbank müsse zustimmen. Er findet, man sollte diese Sache nicht so breit und öffentlich bereden.

Herr Kinszorra findet, dass man die „Katzbuckligkeit“ gegenüber dem Landesverwaltungsamt sein lassen solle und dort nur mit Sachargumenten auftreten sollte. Wenn man einen 2. Bescheid wieder ändern würde, das mache nichts, wenn es zum Wohle der EGem sei. Des Weiteren möchte er wissen, wie sei der Stand der Ausschreibung vom Rathaus II in der Otto-Nuschke-Straße?

Herr Brohm antwortet, die Ausschreibung sei erfolgt und beendet. Ein Gutachter sei auch dort gewesen und werde ein Gutachten erstellen.

Herr Kinszorra spricht jetzt das Randalieren der öffentlichen Toilette am Bahnhof an. Man könnte laut Aussage einer Firma dort von außen eine Videoüberwachung anbringen. Die Aufnahme könne man dann bei Vandalismus an die Polizei weiterleiten. Das Nachrüsten eines Münzautomaten wäre dort auch machbar. Er bittet den BM, endlich die Reparatur der Anlage durchführen zu lassen, damit man die Toilette wieder benutzen könne und auch, dass der BM sich das mit der Videoanlage überlegen solle. Herr Kinszorra würde Herrn Brohm die Kostenvoranschläge geben. Er sei der Meinung, dass so eine Videoanlage nicht mehr so teuer sei und sie sei eine Abschreckung für die Randalierer.

Herr Schultz möchte noch was zum Wildpark Weißewarte sagen. Am 18.10.2021 sei die Beratung mit dem Landkreis gewesen. Man sollte kurzfristig informiert werden, wer nicht daran teilgenommen habe. Das sei noch nicht erfolgt. Es haben einige SR-Mitglieder ihre Meinung zu der Beratung geäußert. Er findet, es sei nicht korrekt, wenn man den Landrat angreife, ohne dass dieser selber anwesend sei. Den Anhörungsbescheid, den man vorgelegt habe, hatte für ihn den Eindruck, dass die Lage noch schlimmer sei, als er es angenommen habe.

Herr Bierstedt möchte wissen, was sei am 18.10.2021 mit dem Landrat gewesen? Er hätte auch gern Informationen darüber gehabt. Herr Bierstedt habe im offenen Kanal eine Pressemitteilung des Landrates gesehen. Dort sagte der Landrat, man habe 1,5 Jahre Zeit gehabt, die Wildtiere zu zähmen.

Herr Jacob bittet darum, dass keine Zwiesgespräche stattfinden.

Herr Brohm sei sehr schockiert, wie man damit umgehe. Man habe den Landrat und den Landkreis eingeladen, um zur Klärung beizutragen. Er sagt, man habe 4 Stunden zusammengesessen und es habe Höhen und Tiefen gegeben. Man sollte einen fairen Weg finden und man habe eine Sprachregelung festgelegt. Das Ergebnis war, dass man von ausgehen könne, dass keine Zoogenehmigung erteilt werde. Man habe eine Perspektive gezeigt, dass man an einer Lösung arbeite, unter der aktiven Teilnahme der jetzigen tätigen Mitarbeiter. Das habe er Herrn Stoike einen Tag später mitgeteilt. Man sitze am 22.10.2021 wieder zusammen und berate, wie es weiter gehen solle. Er sei der Meinung, alle seien an einer Lösung interessiert und wenn man eine Lösung möchte, sollte man respektvoll miteinander umgehen. Er bittet, dies im nicht öffentlichen Teil zu besprechen.

Herr Paproth merkt an, manche Investoren werden durchgewunken und bei anderen wiederum brauche man ewig. Er verlange, dass man eine konkrete Zeitschiene mache, um Investoren durchzukriegen. Er sei der Meinung, wenn ein Investor mit 250.000 € stehe und bekomme nicht mal eine Zeit gesagt, wann es voran gehen könne, das sei nicht gut. Dies habe er durch die Presse erfahren.

Herr D. Wegener gebe Herrn Brohm recht, denn man könne nicht ohne den Landrat und dem Landkreis den Wildpark erhalten. Er sagt, wenn man wissen möchte, was gesprochen wurde, könne man sich die Pressemitteilung aus dem offenen Kanal anschauen. Der SR und Herr Brohm haben sich für den Wildpark eingesetzt und man wolle ihn erhalten. Zu diesem Thema werde man an einem Strang ziehen. Herr D. Wegener stellt den Antrag, Herrn Kuhnert, Geschäftsführer von der regionalen Planungsgesellschaft, in den nächsten SR einzuladen, weil die regionalen Planungen überarbeitet werden sollen. In diesen Planungen seien Karten dabei, in denen stehe z. B. wo ein Vorrang-Erholungsgebiet sei usw. Auf der neuen Karte seien einige Veränderungen, z. B. das Vorranggebiet für Trinkwassergewinnung zwischen Mahlpfuhl und Tangerhütte solle nicht mehr drin sein. Ihm sei es wichtig, dass es drinbleibe. Zurzeit könne man Trinkwasser über Brunkau und Lüderitz gewinnen, aber es könne immer mal sein, dass es defekt gehe. Dann müsse man auf das Wasserwerk, was jetzt noch vorhanden sei, zurückgreifen. Er sehe es als ein Problem, dieses Wasserwerk einfach so auszuschalten. Dann habe man in der Gemarkung Schönwalde, die große landwirtschaftliche Flächen haben, viele als vorrangige Naturschutzgebiete ausgeschrieben. Daran störe ihn, dass dies hauptsächlich landwirtschaftliche Flächen in privater Hand seien. Er sei der Meinung, wenn man Naturschutzgebiete mache, sollten die Flächen nicht von privaten Leuten genommen werden. Er möchte, dass Herr Kuhnert dies im nächsten SR vorstelle und er möchte von Herrn Kuhnert wissen, ob der SR dieses noch mal ändern könne. Des Weiteren berichtet Herr D. Wegener davon, dass Herr Brohm bei der Kartenlesung teilgenommen habe und er auch ein Gebiet für Industrie bei Cobbel auf Vorschlag aufgehoben habe.

Herr Brohm klärt auf, dass es so nicht korrekt sei, sondern die Planungsgesellschaft kam auf ihm zu und habe gesagt, es gebe einige Einwände, da man Buchholz international habe und entwickeln wolle und in Tangerhütte mehr Gewerbe passieren solle. Er habe darauf hingewiesen, dass man in der EGem eine dynamische Entwicklung habe. Daraufhin habe Herr Kuhnert (Planungsgesellschaft) den Antrag gestellt, dass so abzuwägen. Es seien Abwägungsbeschlüsse und es gehe jetzt um den 2. Entwurf. Er findet auch, dass es Sinn mache, Herrn Kuhnert einzuladen, um sich anzuschauen, was dies bedeute.

Herr D. Wegener sei nicht dagegen, wenn es kein Vorrang-Industriegebiet mehr sei. Dann könne man darauf keine Schweinemastanlagen mehr bauen. Das sei positiv. Er habe aber die Befürchtung, dass dann evtl. Windkraftanlagen gebaut werden, was eigentlich der SR abgelehnt habe, aber Herr Brohm wieder in die Prioritätenliste aufgenommen habe (Windräder Cobbel). Wenn Cobbel es möchte, könne man sich darüber unterhalten, wenn es 2-3 Räder werden sollen. Aber es sollte nicht mehr werden. Darum sei er dafür, Trinkwassergebiete zu erhalten. Ansonsten habe man weiß Flächen, die dann vielleicht für Windräder genutzt werden.

Herr Jacob findet den Hinweis von Herrn D. Wegener gut. Er findet es schade, dass dies nicht von Herrn Brohm gekommen sei, denn es sei eine wichtige Angelegenheit.

Frau Platte merkt an, dass man in Grieben das Wasserwerk immer noch haben könne, wenn es nicht eine einseitige Entscheidung gegeben hätte. Sie sei auch der Meinung, dass man mit dem Landrat zusammenarbeiten müsse, aber sie findet es trotzdem nicht in Ordnung, wie sie hier aufgeschlagen seien. Man habe dort wie dumme Kinder gesessen. Sie hatte den Eindruck, dass vonsei-

ten des Landkreises keine Lösungen gekommen seien. Jetzt habe sie eine Frage zur Beantwortung der SR-Sitzung vom 21.07.2021. Dort habe sie nachgefragt, warum habe man nicht in Grieben Waldförderung Brandschutz gemacht? Es sollte ein Programm vom Umweltministerium stattgefunden haben. Da konnte man für Löschbrunnen Fördermittel beantragen. Man habe auf ihrer Frage geantwortet, dass man bestimmte Voraussetzung erfüllen müsse, die in Grieben nicht gegeben seien. Sie wüsste gern mal, welche Voraussetzung dies seien.

Herr Brohm antwortet, dies könne man für Grieben noch mal klären. Es sei ein Antrag gestellt worden und es sei ein SR-Beschluss mit 10.000 € zu verwenden.

Frau Platte würde gern wissen, wie die Bedingungen seien.

Herr Brohm antwortet, dass man es tun werde. Das Budget sei schon bei einem Brunnen schon ausgeschöpft gewesen.

Frau Braun hätte sich gewünscht, dass man die ganzen Diskussionen über den Wildpark im nicht öffentlichen Teil mache, weil man noch nicht wisse, wohin die Reise gehe. Sollte man in den nächsten 2-3 Monaten keine Lösung finden, dann sei es mit dem Wildpark gewesen. Man sollte mit dem Landkreis eine Lösung finden. Die Sitzung mit dem Landkreis sei sehr beklemmend und angespannt gewesen. Sie habe in der Versammlung bereits erwähnt, dass es in Hinsicht auf der fachlichen Beratung mangelhaft sei.

Herr Jacob schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:58 Uhr.

Öffentlicher Teil

TOP 19: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Jacob stellt die Öffentlichkeit wieder um 22:12 Uhr her.

TOP 20: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Jacob teilt mit, welche Beschlüsse im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beschlossen wurden.

BV 678/2021

*Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Tangerhütte stimmt der Unterzeichnung der 2 Gestattungsverträge für die Kabelverlegung sowie Geh- und Fahrrechte und der 2 Gestattungsverträge über Abstandsbaulasten und Rotorüberstreichungsrechte sowie der 2 Verträge zur finanziellen Beteiligung von Kommunen an Windenergieanlagen mit den Anlagenbetreibern durch den Bürgermeister Herrn Andreas Brohm zu. **Abstimmungsergebnis: 19x Ja, 2x Nein, 3x Enthaltung***

BV 684/2021

*Der Stadtrat beschließt in Zuständigkeit gemäß § 4 Absatz 1 Nr. 2 der Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte die Besetzung der Leitung des Hortes in Tangerhütte mit Herrn Philipp Hanke ab dem 01.01.2022. **Abstimmungsergebnis: 16x Ja, 1x Nein, 7x Enthaltung***

TOP 21: Schließung der Sitzung

Herr Jacob schließt die Sitzung um 22:13 Uhr.

Fertiggestellt am 22.11.2021